

Nach-Hartz

Friedhelm Hengsbach S.J., Frankfurt am Main

31.08.2004

Das Versprechen der Hartz-Kommission, die Arbeitslosigkeit lasse sich in drei Jahren halbieren, konnte schon 2002 als unseriös durchschaut werden. Die von der Regierung propagierte politische Umsetzung 1:1 sowie der Agenda-Kompromiss im Vermittlungsausschuss waren ein einzigartiges Spektakel.

Die Grundlage der Schein-Reform waren vier Legenden: Die verfestigte Massenarbeitslosigkeit ist dem individuellen Versagen der Arbeitslosen, ihrer mangelnden Arbeitsfähigkeit und Arbeitsbereitschaft zuzurechnen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist in erster Linie ein Vermittlungsproblem. Der Schlüssel der Wachstumskrise in Deutschland liegt an der Nahtstelle des unteren Rands des Arbeitsmarkts und der komfortablen Sozialleistungen. Mehr Druck auf die Motivation der Arbeitslosen und die Absenkung der Finanzhilfen weisen den Weg aus der Krise.

Halten die politische Klasse und die führenden Medien an dieser Deutung fest, seitdem montags in Magdeburg und in Leipzig sowie abgeschwächt in westdeutschen Städten gegen Hartz IV protestiert wird? Offensichtlich, denn sie verstehen, wie es heißt, voll die Ängste der Menschen, halten sie jedoch sachlich für unbegründet. Informieren und erklären sei jetzt nötig, Handlungsbedarf für eine andere Politik bestehe nicht. Die Protestierenden seien eine destruktive Minderheit und nicht repräsentativ für die Bevölkerung im Osten. Viele hätten eine rein instrumentelle, am persönlichen Wohlergehen orientierte Beziehung zur Freiheit und ein parasitäres Verhältnis zum Staat, dessen komfortable Hilfen sie abgreifen. Die PDS schlage aus dem Protest politisches Kapital, greife populistisch die Nöte verarmter Menschen auf und benutze sie für unsinnige Forderungen.

Nicht Verletzungen und falsche Gefühle sind der Grund der Proteste. Leute, die qualifiziert sind und Arbeit suchen, haben keine Chance, Arbeit zu finden. Sie erkennen nüchtern, dass die sozialen Einschnitte daran nichts ändern. Die propagierte Begründung der Agenda prallt an der persönlichen Biographie und am strukturell verursachten kollektiven Leidensdruck der Arbeitslosen ab. Die Reihenfolge „Erst Arbeit, dann Hartz“ will sagen: Eine realistische Gewichtung der Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte rückt die Rolle öffentlicher und privater Investitionen in ein anderes Licht. Wirtschaftliches Wachstum ist unverzichtbar, solange private Bedürfnisse nicht befriedigt und öffentliche Aufgaben unerledigt sind. Neue gesellschaftliche Risiken wie Umweltzerstörung, die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht, Haushalte mit Kindern und die regionale Ausgrenzung

in einem vereinigten Volk zeigen an, dass die Leistungskatalogesolidarischer Sicherungssysteme genau so viel Aufmerksamkeit verdienen wie die erweiterte Grundlage ihrer Finanzierung. Wird Kann eine zivile Bewegung den Parteien die Reformthemen einer Zeit nach Hartz und nach der Agenda 2010 vorsagen?